VR-07 (V-103)-182 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: KV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 22.10.2024

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 181 bis 186:
Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine Ausbildung machen oder ~~studieren und sich nichts zu Schulden kommen lassen haben~~studieren, hier bleiben dürfen. Das schafft auch den Raum über Rückführungen zielgenau zu reden, damit das nicht die Falschen trifft. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten~~. Sie~~, wir müssen ~~auch~~Perspektiven und Teilhabe ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden ~~sollen~~können - bis hin zur Staatsbürgerschaft.

Begründung

Mittlerweile mutiert das Aufenthaltsrecht zu einem Ersatzstrafrecht. Jede Straftat - egal aus welchen Motiven, egal unter welchen Umständen, egal welche Schwere wird sofort als Grundlage genommen, Menschen Integration und das Recht auf Resozialisierung abzusprechen. Daher ein stärkerer Fokus auf die Integrations- und Bleibeinteressen, anstatt in den Chor derer einzusteigen, die in Form von Doppelbestrafungen am Ende auch noch mehr Schaden anrichten als nutzen.